

### Staatshaushalt der DDR im Zeichen außenwirtschaftlicher Belastung

Der Staatshaushalt ist das wichtigste Lenkungs- und Kontrollinstrument im Finanzsystem der DDR und damit wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Volkswirtschaftsplanung. Äußerlich kommt diese enge Bindung darin zum Ausdruck, daß der Staatshaushaltsplan gleichzeitig mit dem für dieselbe Periode bestimmten Volkswirtschaftsplan beschlossen und zum Gesetz erhoben wird.

Der Staatshaushalt enthält den Haushalt der Republik und die Haushalte aller übrigen Gebietskörperschaften sowie der Sozialversicherung. Drei Viertel aller Einnahmen und Ausgaben entfallen auf den zentralen Haushalt (einschließlich Sozialversicherung) — ein Viertel auf die Haushalte der Bezirke, in denen auch alle Einnahmen und Ausgaben der nachgeordneten Kommunen (Kreise, Städte, Gemeinden) enthalten sind<sup>1</sup>.

#### Ausgleich der Rohstoffpreiserhöhungen

Ende Dezember 1977 wurde der Volkskammer der DDR die Haushaltsrechnung (Ist) für 1976 vorgelegt. Den bisherigen Gepflogenheiten entsprechend hätte dies bereits im Sommer geschehen müssen. Die Verspätung dürfte im Zusammenhang mit den 1976 eingeführten Regelungen stehen, wonach Erhöhungen der Importpreise aus dem Staatshaushalt ausgeglichen werden.

Von der Explosion der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt in den Jahren 1973/74 wurde auch die DDR betroffen, unmittelbar im Westhandel, von 1975

an auch im Intra-Block-Handel des RGW. Auf dem IX. Parteitag der SED (1976) wurde jedoch bekräftigt, daß die Verbraucherpreise — zumindest bis 1980 — stabil bleiben sollen. Die Preissteigerungen mußten deshalb vor der Ebene der Verbraucherpreise aufgefangen werden. In der ersten Phase — 1974 und 1975 — geschah dies durch eine völlige Abschirmung der DDR-Produzenten vor den Preiserhöhungen: Die Betriebe erhielten ihre Roh- und Brennstoffe zum alten Preis, ungeachtet der Tatsache, daß die DDR bei ihren ausländischen Lieferanten zum Teil bereits sogar ein Vielfaches der früheren Preise zu bezahlen hatte. Wahrscheinlich wurden die Mehrbelastungen überwiegend als Ausgaben im Haushalt verbucht. Dafür spricht, daß 1974 die sonstigen Ausgaben, über die ein detaillierter Nachweis fehlt, sprunghaft — um 6,7 Mrd. M — gestiegen sind. Diese Position nahm auch 1975 wiederum beträchtlich zu. In der zweiten Phase — von 1976 an — wurden dann die Betriebe mit den erhöhten Preisen konfrontiert, mit der erklärten Absicht, sie zu einem sparsameren Verbrauch zu zwingen. 1976 wurde eine ganze Reihe von Industriepreisen erhöht, doch war eine Überwälzung auf die Verbraucherstufe ausgeschlossen. Soweit Kostensteigerungen von den Betrieben nicht durch Materialeinsparungen und andere Kostensenkungen

<sup>1</sup> Vgl. zum Aufbau des Staatshaushalts und zum Wesen der Einnahmen- und Ausgabearten: Der Staatshaushalt der DDR 1973 bis 1976. Bearb.: Heinz Vortmann und Maria Elisabeth Ruban. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 45/1976.

aufgefangen werden können, werden sie durch Herabsetzung der Nettogewinnabführung oder durch Verminderung der produktgebundenen Abgaben ausgeglichen. Für den Fall, daß diese Beträge nicht ausreichen, sollen die Betriebe einen aus Mitteln des Staatshaushalts gespeisten Preisausgleichsfonds bilden<sup>2</sup>.

Die Höhe der zusätzlichen Belastung ist jetzt aus der Haushaltsrechnung abzulesen:

Verminderung der Nettogewinnabführung	4,0 Mrd. M
Zunahme der Subventionen für industrielle Verbrauchsgüter . . . . .	1,2 Mrd. M
Preisausgleichsfonds . . . . .	2,1 Mrd. M
insgesamt	7,3 Mrd. M

Dieser Betrag liefert lediglich einen ungefähren Anhalt über die Größenordnungen, denn es ist nicht möglich zu schätzen, wie sich das Volumen der Nettogewinnabführung und der Subventionen ohne die Sonderentwicklung verändert hätte. Ein Ausgleich über die produktgebundenen Abgaben scheint kaum stattgefunden zu haben; sie nahm in ähnlichem Umfang wie in den Vorjahren zu.

### Einnahmen

Die Einnahmesumme des Staatshaushalts betrug 1976 118 Mrd. M, das bedeutet gegenüber 1975 eine Steigerung um 3 vH – eine bescheidene Zunahme im Vergleich zu den durchschnittlichen Zuwachsraten von 10 vH im Planjahrfünft 1971/75. Die relativ geringe Erhöhung ist fast ausschließlich Folge des Rückgangs der Nettogewinnabführung der volkseigenen Wirtschaft. Davon einmal abgesehen haben sich alle Einnahmepositionen dem Trend entsprechend entwickelt. Die Pläne für 1977 (+ 4 vH) und 1978 (+ 7 vH) sehen wieder höhere Steigerungsraten vor.

Mit Abstand wichtigste Einnahmequelle für den Staatshaushalt sind die *Abführungen der volkseigenen Wirtschaft (VEW)*. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen erhöhte sich kontinuierlich von 54 vH (1970) auf 61 vH im Jahre 1975. Die niedrigere Nettogewinnabführung ließ 1976 diesen Wert um einen Prozentpunkt sinken. In den beiden folgenden Jahren soll er sich wieder erhöhen (63 vH). Bei den Abführungen der VEW handelt es sich im wesentlichen um die

- produktgebundene Abgabe,
- Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe,
- Nettogewinnabführung.

Die *produktgebundene Abgabe* ist eine überwälzbare, differenzierte Verbrauchssteuer, mit der die

überwiegende Mehrheit der industriellen Konsumgüter und der Genußmittel belegt wird. Es läßt sich für 1976 folgende durchschnittliche Steuerbelastung errechnen:

Einzelhandelsumsatz von Industriewaren und Genußmitteln zu Verbraucherpreisen <sup>3</sup> . . . . .	56,8 Mrd. M
+ Subventionen für Industriewaren . . .	2,4 Mrd. M
./. produktgebundene Abgaben . . . . .	33,8 Mrd. M

Einzelhandelsumsatz zu Betriebspreisen zuzüglich Handelsspanne . . . . .	25,4 Mrd. M
--	-------------

Produktgebundene Abgaben in vH vom Einzelhandelsumsatz zu Betriebspreisen zuzüglich Handelsspanne . . . . .	133
---	-----

Seit 1971 ist diese Steuerquote permanent gestiegen:

1971:	85 vH
1972:	100 vH
1973:	110 vH
1974:	112 vH
1975:	122 vH.

Die hohe Belastung der Industriewaren und Genußmittel auf der einen Seite sowie die – vom Volumen her längst nicht so umfangreiche – Subventionierung des Grundbedarfs auf der anderen führen zu erheblichen Verzerrungen der Preisstruktur. Neben ihrer Funktion als Einnahmequelle des Staates dienen die produktgebundenen Abgaben zur Abschöpfung privater Kaufkraft.

Die *Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe* ist ihrem Wesen nach eine Steuer auf das Eigenkapital, mit deren Hilfe ein rationeller Kapitaleinsatz herbeigeführt werden soll. Auf sie entfallen rund 20 vH der Abführungen der VEW.

Die *Nettogewinnabführung* der VEW ist nach der produktgebundenen Abgabe die ergiebigste Einnahmequelle des Staates. Die Beteiligung des Staates an den Nettogewinnen kann jedes Jahr – zum Beispiel aus strukturpolitischen Erwägungen – insgesamt und gegenüber jedem Betrieb geändert werden. 1975 ging die Gewinnabführung wegen der erwähnten preispolitischen Maßnahmen zurück, hatte aber an den gesamten Leistungen der VEW an den Staat noch einen Anteil von 32 vH (1975: 38 vH).

Weitere Einnahmequellen des Staatshaushalts sind die *Abführungen der Banken* (1976: 3,7 Mrd. M) und

<sup>2</sup> Vgl. Manfred Melzer: Preisplanung und Preispolitik in der DDR. In: Vierteljahrshäfte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 1/1977, S. 58.

<sup>3</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1977, S. 243.

die *Abgaben der Landwirtschaft* (1976: 1,1 Mrd. M)<sup>4</sup>. Es werden lediglich die landwirtschaftlichen Betriebe zur Leistung von Abgaben herangezogen; die einzelnen Mitglieder bleiben steuerfrei.

*Mitglieder der Produktionsgenossenschaften des Handwerks* dagegen sowie *Selbständige* und *Arbeitnehmer* müssen für ihre Erwerbseinkommen Abgaben leisten (Lohnsteuer, Einkommenssteuer usw.). Daneben werden die Betriebe selbst (Produktionsgenossenschaften, private Handwerks- und Gewerbetreibende) für eine Reihe weiterer Steuern veranlagt: Produktionsfondssteuer oder Umsatzsteuer (z. T. auch Gewerbesteuer), Lohnsummensteuer (von einer bestimmten Jahreslohnsumme an). Die Einnahmen des Staates von den Erwerbstätigen und den Betrieben betragen 1976 10,5 Mrd. Mark – darunter 5,5 Mrd. Mark Lohnsteuer; bezogen auf die Bruttolohn- und Gehaltssumme entspricht das einer durchschnittlichen Belastungsquote von 7 vH.

Außerdem wird eine Reihe weiterer Steuern erhoben. Bekannt ist davon lediglich die Höhe der *Gemeindesteuern*; sie blieben seit 1970 mit 0,5 Mrd. Mark unverändert. Das Aufkommen aus den übrigen Steuern (Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungs-, Grunderwerbs-, Rennwett-, Lotteriel- und Kraftfahrzeugsteuer) dürfte ebenso wie die Einnahmen aus dem Staatsapparat (Gebühren für Beurkundungen, Visaerteilung, Ordnungsgelder), aus Mieten und Pachten, Zöllen, positiven Preisdifferenzen im Außenhandel unter den *sonstigen Einnahmen* (1976: 12 Mrd. Mark) verbucht sein.

Aus den *staatlichen Einrichtungen des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Kultur* flossen 1976 6 Mrd. Mark in die öffentlichen Kassen. Die zweckgebundenen *Beiträge zur Sozialversicherung* erbrachten 12 Mrd. Mark. Im laufenden Jahr sollen diese Einnahmen (ohne Sonderversorgungseinrichtungen) um 2 Mrd. Mark steigen, vor allem eine Folge des zum 1. 1. 1978 heraufgesetzten Beitragssatzes des Betriebsanteils zur Sozialversicherung (12,5 statt 10 vH). Dafür entfiel für die Betriebe der Lohnausgleich (Differenz zwischen Krankengeld und 90 vH des Nettoverdienstes), den sie bisher für insgesamt sechs Wochen im Kalenderjahr tragen mußten; dieses Krankengeld in Höhe von 90 vH des Nettoverdienstes wird von der Sozialversicherung bezahlt.

### Ausgaben

Die Ausgabenstruktur zeigt – zumindest in den großen Ausgabengruppen – 1976 nur geringe Abweichungen gegenüber den Vorjahren. Die Quoten 1976 entsprechen den Durchschnittswerten für 1971/1975.

### Ausgaben aus dem Staatshaushalt in vH

	Jahresdurchschnitt	
	1971/1975	1976
Investitionen und laufende Förderung der Wirtschaft . . . . .	20	19
Soziale und kulturelle Maßnahmen . .	51	51
Verteidigung und Verwaltung . . . . .	12	12
nicht nachgewiesene „sonstige“ Ausgaben . . . . .	17	18
Ausgaben insgesamt . . . . .	100	100

Bemerkenswert ist der große Anteil der „*sonstigen*“ Ausgaben, deren Zusammensetzung unbekannt ist. Auf sie entfällt fast ein Fünftel der gesamten Haushaltssumme.

Der Anteil des Staatshaushalts an der Gesamtfinanzierung der einzelnen Aufgaben ist sehr unterschiedlich. An den gesamten Investitionen ist der Staat mit rund einem Viertel, bei der Forschung mit rund einem Drittel beteiligt; sein Anteil ist damit wesentlich kleiner als bei der Finanzierung sozialer und kultureller Maßnahmen, bei denen er vier Fünftel bestreitet.

Die Beteiligung bei der *Investitionsfinanzierung* ist mit der Wirtschaftsreform Mitte der 60er Jahre erheblich vermindert worden. Vordem sind Investitionen ausschließlich mit nichtrückzahlbaren Zuwendungen des Haushalts finanziert worden; seitdem hat sich das Gewicht zum überwiegenden Teil auf Eigenmittel der Betriebe und auf Kredite verlagert. Die im Betrieb verbleibenden Gewinne der VEW, die im Staatshaushalt im engeren Sinne nicht erscheinen, beliefen sich 1976 auf 16 Mrd. Mark. Darüber hinaus standen der VEW Eigenmittel in Höhe von 32 Mrd. M zur Verfügung (Abschreibungen und verschiedene Fonds). Aus diesen Mitteln werden der Investitionsfonds und die verschiedenen anderen betrieblichen Fonds gespeist. Die Investitionen der gesamten Volkswirtschaft erreichten 1976 einen Wert von 44 Mrd. Mark. Davon dürfte knapp die Hälfte auf Eigenmittel und je ein Viertel auf Kredite und staatliche Mittel entfallen. Die verminderte Investitionsfinanzierung der VEW aus Haushaltsgeldern in den

<sup>4</sup> Hier handelt es sich um Abgaben auf das Bruttoeinkommen bei Betrieben der Pflanzenproduktion, auf den Gewinn bei industriemäßig produzierenden Betrieben der Tierproduktion, auf die Konsumtion (Erwerbseinkommen, Kultur- und Sozialfonds usw.) bei allen Betrieben, soweit sie keine Abgaben auf den Gewinn entrichten. – Vgl. Johannes Gurtz und Gotthold Kaltfofen: Der Staatshaushalt der DDR. Berlin (Ost) 1977, S. 106 ff.

**Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalt der DDR**  
in Milliarden Mark

	1970	1974	1975	1976	1977	1978
	I s t				P l a n	
<b>EINNAHMEN, insgesamt</b>	70,6	104,6	114,7	117,6	122,2	130,7
Einnahmen aus volkseigenen Betrieben, Kombinat und VVB	2) 38,0	60,1	70,5	71,3	77,5	82,9
Produktionsfonds- und Handelsfondsabgabe	5,9	12,4	13,3	14,3	.	.
Nettogewinnabführung	12,7	19,4	26,7	22,7	.	.
Produktgebundene Abgaben	3) 19,4	27,9	30,3	33,8	.	.
Übrige Abgaben	-	0,3	0,3	0,5	.	.
Abführungen der Banken	-	3,1	3,4	3,7	.	.
Abgaben der Landwirtschaft	1,2	1,2	1,3	1,1	1,3	1,4
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften des Handwerks und anderen Produktionsgenossenschaften	3,0	2,5	2,6	2,6	.	.
Einnahmen von privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden	4) 6,8	2,4	2,4	2,4	.	.
Lohnsteuer der Arbeitnehmer und Steuern der freiberuflich Tätigen	3,6	4,9	5,3	5,5	.	.
Einnahmen aus staatlichen Einrichtungen (Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Kultur) und Staatsapparat	4,3	6,3	6,7	10) 6,2	.	.
Einnahmen der Sozialversicherung	8,8	11,4	11,8	12,2	11) 12,4	11) 14,2
Gemeindesteuern	0,5	0,5	0,5	0,5	.	.
Sonstige Einnahmen <sup>1)</sup>	4,4	12,2	10,2	12,1	.	.
<hr/>						
<b>AUSGABEN, insgesamt</b>	70,0	103,9	114,2	117,1	122,2	130,6
Forschung	2,5	1,8	1,8	2,0	.	.
Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft	5) 1,5	4,6	.	} 6,7	.	.
Investitionen im staatlichen Bereich	2,5	3,1	3,4		.	.
Verkehrswesen	6) 1,5	3,3	3,5	3,0	.	.
Subventionen für die volkseigene Wirtschaft	3,6	4,8	5,0	5,9	.	.
davon: Produktgebundene Preisstützungen	3,6	4,8	5,0	3,8	.	.
Preisausgleichsfonds	-	-	-	2,1	.	.
Zuwendungen für die Landwirtschaft	1,2	2,5	3,0	4,8	.	.
davon: für Meliorationen, Investitionen usw.	1,2	2,1	2,0	2,4	.	.
für produktgebundene Preisstützungen	-	0,4	1,0	2,4	.	.
Subventionen der Verbraucherpreise und Tarife	7,3	10,6	11,2	13,1	13,5	14,2
darunter: Nahrungsmittel	4,8	6,8	7,2	7,4	.	.
Industrielle Konsumgüter	0,4	1,1	1,2	2,4	.	.
Öffentlicher Personenverkehr	7) 1,1	1,9	2,2	2,5	.	.
Trink- und Abwasserbehandlung	8) 0,5	0,5	0,5	0,6	.	.
Reparaturen und Dienstleistungen	0,5	0,2	0,1	0,2	.	.
Wohnungswirtschaft und Subventionierung der Mieten	5) 2,4	3,8	4,3	4,6	.	5,8
Bildungswesen	5,8	7,6	8,1	8,8	.	9,1
Gesundheits- und Sozialwesen	5,9	7,3	7,8	8,2	11) 23,4	11) 25,3
Sozialversicherung	15,0	20,6	21,4	22,2	.	.
Kultur und Sport (einschließlich Rundfunk, Fernsehen, Erholung)	0,7	2,2	2,4	2,6	.	.
Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung	3,1	3,3	3,5	3,6	.	.
Verteidigung	6,7	8,7	9,6	10,2	11,0	11,6
Sonstige Ausgaben <sup>1)</sup>	8,9	19,7	9) 29,2	21,4	.	.

1) Als Differenz ermittelt. - 2) Ohne übrige Abgaben. - 3) Produktions- und Verbrauchsabgaben. - 4) Einnahmen von Betrieben mit staatlicher Beteiligung und Betrieben der privaten Wirtschaft. - 5) Aufteilung geschätzt. - 6) Straßenwesen. - 7) Trinkwasser, Braunkohlenbriketts und Koks. - 8) Dienst- und Bauleistungen. - 9) Einschließlich Investitionen in der volkseigenen Wirtschaft. - 10) Ohne Einnahmen aus dem Staatsapparat. - 11) Ohne Einnahmen und Ausgaben von Sonderversorgungseinrichtungen.

Quellen: Haushaltsrechnungen für die Jahre 1970, 1974 bis 1976 (Anlagen zu Drucksachen der Volkskammer der DDR - 5. - 7. Wahlperiode) sowie Staatshaushaltspläne für die Jahre 1977 und 1978.

Jahren 1975/76 stand vermutlich mit der Rohstoffsubventionierung in Zusammenhang: Die höheren Ausgaben für diese Zwecke erzwangen sparsame Ansätze an anderen Stellen.

Die *Subventionen* insgesamt haben ständig an Bedeutung gewonnen. Sie treten in der Haushaltssystematik unter verschiedenen Bezeichnungen auf, etwa als „produktgebundene Preisstützungen“ für Produktionsmittel landwirtschaftlicher Betriebe oder für Roh- und Grundstoffe der Industrie. Bei diesen handelt es sich um Zahlungen des Staatshaushalts an die Betriebe zum Ausgleich der nach der Industriepreisreform von 1967 erhöhten Selbstkosten. Diese Preisstützungen hatten 1976 ein Volumen von 4 Mrd. Mark.

Der größte und kontinuierlich steigende Anteil an den Subventionen entfällt seit Jahren auf die „produktgebundenen Preisstützungen zur Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise und Tarife“. Sie machten 1976 rund 13 Mrd. Mark aus, das waren rund 780 Mark je Einwohner. Mehr als die Hälfte (7 Mrd. M) entfiel auf Subventionierung von Nahrungsmitteln. Auffallend ist die starke Preisstützung der industriellen Konsumgüter, die sich mit 2 Mrd. M gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat. Die beschleunigte Erhöhung dieser Position dürfte ebenfalls eine Konsequenz der gestiegenen Weltmarktpreise sein. Besonders fühlbar entlastet den Verbraucher auch die Subventionierung der Verkehrstarife (2,5 Mrd. M). Sie macht im Personen-Nahverkehr 60 vH der tatsächlichen Transportkosten aus<sup>5</sup>.

Ein anderer Schwerpunkt im Bereich der sozialen und kulturellen Maßnahmen ist die *Sozialversicherung* (Ausgaben 1976: 22 Mrd. Mark), aus deren Mitteln vor allem die Renten, der Unterhalt der medizinischen Einrichtungen, Krankengelder und Arzneimittel bezahlt werden. Auch hier war eine erhebliche Subventionierung erforderlich, denn die Ausgaben wurden nur zu 55 vH durch Versicherungsbeiträge gedeckt.

Von den für die *Wohnungswirtschaft* ausgewiesenen Ausgaben (4,6 Mrd. M) entfallen rund zwei Drittel auf Subventionierung der Wohnungsmieten, der Rest auf Neubau und Modernisierung des vorhandenen Bestandes. In den *Verteidigungsausgaben* (10,2 Mrd. Mark) sind auch die Aufwendungen für „innere Sicherheit“ enthalten. Der Anteil dieses Betrages an den Gesamtausgaben bleibt von Jahr zu Jahr weitgehend konstant; es gibt auch keine Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Werten.

### Ausblick

Zahlen über den Haushaltsabschluß 1977 liegen bisher nicht vor, auch keine Angaben über eventuelle Änderungen der Planansätze. Die veröffentlichten Daten zu den Haushaltsplänen 1977 und 1978 beschränken sich, wie in früheren Jahren, auf das erwartete Gesamtvolumen und auf wenige globale Positionen, die zumeist den sozial-kulturellen Bereich berühren. Beschleunigt haben die Ausgaben der Sozialversicherung zugenommen, eine Folge der am 1. Dezember 1976 in Kraft getretenen Rentenreform, die die Rentenzahlungen für 3,4 Mill. Empfänger merklich erhöhte. Die langfristige Problematik der DDR-Haushalts- und Finanzpolitik läßt sich ohnehin an der Haushaltsrechnung nicht ablesen. Sie besteht in dem wiederholt bekräftigten Entschluß der Regierung, die Verbraucherpreise stabil zu halten, obwohl die Produktionskosten ständig steigen.

Diese Entscheidung gegen eine Erhöhung der Preise läßt sich finanziell zwar durchführen, hat aber negative volkswirtschaftliche Folgen: Die Loslösung eines Teiles der Verbraucherpreise von ihren Gestehungskosten führt zu immer größeren Verzerrungen im Preisgefüge, die eine Effizienzberechnung zunehmend erschweren. Zugleich werden Anreize zur Einsparung teurer gewordener Produkte unterdrückt.

---

<sup>5</sup> Vgl. Der Staatshaushalt der DDR 1973 bis 1976, a. a. O.

## 800 000 Erwerbstätige für den Export in Entwicklungsländer beschäftigt

*Mit diesem Beitrag wird die Veröffentlichung von Untersuchungen zur Beschäftigungswirkung des Handels der Bundesrepublik Deutschland mit Entwicklungsländern fortgesetzt. In früheren Berichten<sup>1</sup> wurden die Strukturveränderungen untersucht, die durch zusätzliche Fertigwarenimporte bewirkt werden. Im folgenden wird die Beschäftigungsrelevanz der Exporte nach Wirtschaftszweigen und Berufen dargestellt und die Bedeutung einer Erhöhung der Entwicklungshilfe für die Exporte in die Dritte Welt diskutiert.*

### Umfang und Struktur der Exporte

In die außereuropäischen Entwicklungsländer exportierte die Bundesrepublik Deutschland 1976 Waren im Werte von 42 Mrd. DM, gut 16 vH der gesamten deutschen Warenexporte. Gegenüber 1972, dem letzten Jahr vor dem weltwirtschaftlichen Strukturbruch im Gefolge der Rohstoffkrise, bedeutet dies nominal eine jahresdurchschnittliche Steigerung von 25 vH, preisbereinigt<sup>2</sup> einen Anstieg von etwa 17 vH. Diese Ausweitung wurde insgesamt zu rund zwei Dritteln, seit 1975 sogar vollständig durch die Nachfrage der Erdölländer getragen, die in den letzten Jahren mit zwar abnehmenden, aber weiterhin hohen Raten stieg. Dagegen ging der Absatz in den anderen Entwicklungsländern 1975 zurück und stieg danach nur langsam wieder an.

Diese Entwicklung hat sich nach den vorliegenden Informationen auch im abgelaufenen Jahr fortgesetzt: Während die deutschen Lieferungen in die Erdölländer 1977 um rund ein Fünftel höher als im Vorjahr gewesen sein dürften, sind die Lieferungen in die anderen Entwicklungsländer nur geringfügig erhöht worden. Damit verdoppelte sich der Anteil der Erdölländer von gut einem Viertel 1972 auf derzeit etwa die Hälfte der deutschen Exporte in die Entwicklungsländer.

Die Exporte der Bundesrepublik Deutschland in die Entwicklungsländer bestehen fast ausschließlich aus Gütern des verarbeitenden Gewerbes. Das Schwergewicht liegt im Maschinenbau, dem Straßenfahrzeugbau, der Elektrotechnik und der Chemie. Auf diese Industriezweige entfallen zusammen drei Viertel der Exporte. Gegenüber 1972 hat sich die Struktur etwas verschoben. Der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnik expandierten überdurchschnittlich, der Absatz chemischer Erzeugnisse unterdurchschnittlich, dagegen konnte der Maschinenbau seinen hohen Exportanteil halten.

### Gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekte

Mit Hilfe von Input-Output-Rechnungen wurde im DIW ermittelt, wieviele Erwerbstätige vom Export in

Entwicklungsländer abhängen. Dabei wurden nicht nur die unmittelbar im exportierenden Wirtschaftszweig auftretenden – direkten – Beschäftigungswirkungen, sondern auch die über die Vorleistungsverflechtung induzierten – indirekten – Wirkungen erfaßt. Die Kalkulationen basieren auf der Input-Output-Tabelle für 1972. Die darin zum Ausdruck kommenden Kostenstrukturen werden also auch für das Jahr 1976 als repräsentativ angesehen. Zudem werden linear-limitationale Produktionsfunktionen unterstellt. Den sektoralen Arbeitsproduktivitäten liegen Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugrunde.

Nach diesen Modellrechnungen erforderte 1972 die Herstellung aller in die Entwicklungsländer exportierten Waren entsprechend der damaligen Arbeitsproduktivität etwa 440 000 Erwerbstätige. 1976 wurden dazu aufgrund des Anstiegs der Produktivität 70 000 Erwerbstätige weniger und durch die Exportsteigerung 330 000 mehr benötigt, insgesamt also rund 700 000.

Berücksichtigt man näherungsweise auch die beschäftigungsrelevanten Posten aus der Dienstleistungsbilanz (gegenüber den Entwicklungsländern im wesentlichen Aufträge an die Bauwirtschaft sowie Transportleistungen)<sup>3</sup>, dann kommen noch etwa 100 000 Erwerbstätige hinzu. 1976 waren also rund 800 000 Erwerbstätige unmittelbar oder durch Vorleistungsproduktion von den Exporten in Entwicklungsländer abhängig, d. h. 3 vH der Zahl der insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland Erwerbstätigen.

<sup>1</sup> Beschäftigungswirkungen von Importen aus Entwicklungsländern nicht dramatisieren. Bearb.: Dieter Schumacher. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 1/1978, sowie Verstärkter Handel mit der Dritten Welt. Eher Umsetzung als Freisetzung deutscher Arbeitskräfte. Bearb.: Dieter Schumacher. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 5/1977.

<sup>2</sup> Für die Preisbereinigung wurde als Hilfsgröße der sektoral untergliederte Preisindex der gesamten Warenexporte der Bundesrepublik verwendet.

<sup>3</sup> Entsprechend der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank können sie für 1976 auf etwa 6 Mrd. DM veranschlagt werden.

Warenexporte der Bundesrepublik Deutschland in Entwicklungsländer<sup>1)</sup>

Wirtschaftszweig bzw. Ländergruppe	1972		1976	
	in Mill.DM	in vH	in Mill.DM	in vH
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	114	0,7	145	0,3
Bergbau	86	0,5	159	0,4
Gewerbe der Steine u. Erden	87	0,5	332	0,8
Eisenschaffendes Gewerbe	626	3,7	1 271	3,0
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	23	0,1	170	0,4
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	125	0,7	239	0,6
NE-Metallgewerbe	178	1,0	458	1,1
Chemisches Gewerbe	3 143	18,6	5 587	13,4
Mineralölverarbeitung	43	0,3	68	0,2
Kautschuk- u. asbestverarbeitendes Gewerbe	124	0,7	249	0,6
Sägewerke u. holzbearbeitendes Gewerbe	11	0,1	60	0,1
Zellstoff- u. papiererzeugendes Gewerbe	57	0,3	119	0,3
Stahlbau	176	1,0	1 178	2,8
Maschinenbau	4 840	28,6	12 064	28,8
Straßenfahrzeugbau	2 296	13,6	7 539	18,0
Luftfahrzeugbau	32	0,2	158	0,4
Schiffbau	616	3,6	1 430	3,4
Elektrotechnisches Gewerbe	1 892	11,1	5 098	12,2
Feinmechanisches u. optisches Gewerbe <sup>2)</sup>	385	2,3	712	1,7
Stahlverformung	89	0,5	250	0,6
EBM-Gewerbe	548	3,2	961	2,3
Feinkeramisches Gewerbe	55	0,3	100	0,2
Glasgewerbe	68	0,4	123	0,3
Holzverarbeitendes Gewerbe	38	0,2	245	0,6
Musikinstrumenten- u. Spielwarengewerbe <sup>3)</sup>	56	0,3	108	0,3
Papier- u. papierverarbeitendes Gewerbe	43	0,3	101	0,2
Druckerei- u. Vervielfältigungsgewerbe	54	0,3	88	0,2
Kunststoffgewerbe	99	0,6	241	0,6
Ledergewerbe	42	0,2	65	0,2
Textilgewerbe	338	2,0	725	1,7
Bekleidungsgewerbe	36	0,2	97	0,2
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	394	2,3	1 007	2,4
Sonstige Waren	271	1,6	698	1,7
Insgesamt	16 983	100,0	41 843	100,0
Entwicklungsländer ohne OPEC <sup>4)</sup>	12 307	72,5	21 099	50,4
OPEC <sup>4)</sup> -Länder	4 676	27,5	20 744	49,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Außereuropäische Entwicklungsländer entsprechend der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes, einschl. Erdölländer. - 2) Einschl. Uhren. - 3) Einschl. Schmuckwaren und Sportgeräte. - 4) Der OPEC gehören Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Iraq, Kuwait, Libyen, Nigeria, Qatar, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Venezuela an.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 7, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen der Industriestatistik (Spezialhandel), 1973 und 1976.

**Beschäftigungseffekte nach Wirtschaftszweigen**

Von den Beschäftigungswirkungen der Warenexporte entfielen fast 80 vH auf das verarbeitende Gewerbe, insbesondere auf den Maschinenbau (21 vH), die Elektrotechnik (12 vH), den Straßenfahrzeugbau (10 vH) und die Chemie (7 vH). Außerhalb des Verarbeitungsbereichs lagen die Schwerpunkte bei den sonstigen Dienstleistungen und dem Großhandel.

Insgesamt waren 1976 mehr als 6 vH der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe für Exporte in Entwicklungsländer tätig. Die oben erwähnten vier

Wirtschaftszweige waren — auch in Relation zu ihrer Größe — überdurchschnittlich beteiligt: Maschinenbau 13 vH, Straßenfahrzeugbau sowie Chemie und Elektrotechnik jeweils 8 bis 9 vH. Auch in den Zweigen des Metallgewerbes sowie im kautschuk- und asbestverarbeitenden Gewerbe arbeiteten mit 7 bis 9 vH überdurchschnittlich viele Erwerbstätige für Aufträge aus der Dritten Welt. Außerhalb des Verarbeitungsbereichs verzeichnete der Bergbau mit etwa 4 vH seiner Beschäftigten den stärksten Effekt.

Der gesamte Beschäftigungseffekt von 700 000 entfällt etwa je zur Hälfte auf direkte und indirekte

**Beschäftigung durch Warenexporte in Entwicklungsländer 1976**  
in 1000 Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Beschäftigungswirkung		
	direkt	indirekt	insgesamt
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	3,8	16,0	19,8
Elektrizitätswirtschaft	0	3,2	3,2
Gas- u. Wasserwirtschaft	0	1,7	1,7
Bergbau	1,2	7,4	8,6
Gewerbe d. Steine u. Erden	2,4	3,0	5,4
Eisenschaffendes Gewerbe	6,9	14,8	21,8
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	1,8	6,4	8,2
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	1,5	3,2	4,6
NE-Metallgewerbe	2,8	7,2	10,0
Chemisches Gewerbe	31,6	19,2	50,9
Mineralölverarbeitung	0,0	0,9	0,9
Kautschuk- u. asbestverarbeitendes Gewerbe	2,5	6,9	9,5
Sägewerke u. holzbearbeitendes Gewerbe	0,3	1,6	1,9
Zellstoff- u. papiererzeugendes Gewerbe	0,6	1,6	2,3
Stahlbau	10,8	5,5	16,3
Maschinenbau	114,0	34,5	148,5
Straßenfahrzeugbau	59,3	10,5	69,8
Luftfahrzeugbau	1,9	0,1	2,0
Schiffbau	11,3	0,5	11,8
Elektrotechnisches Gewerbe	52,7	28,9	81,6
Feinmechanisches u. optisches Gewerbe <sup>1)</sup>	9,3	3,7	13,0
Stahlverformung	2,6	10,3	12,9
EBM-Gewerbe	9,0	10,6	19,6
Feinkeramisches Gewerbe	1,3	0,9	2,3
Glasgewerbe	1,3	3,0	4,2
Holzverarbeitendes Gewerbe	2,7	3,2	5,8
Musikinstrumenten- u. Spielwarengewerbe <sup>2)</sup>	1,4	0,2	1,6
Papier- u. pappeverarbeitendes Gewerbe	1,0	3,8	4,8
Druckerei- u. Vervielfältigungsgewerbe	1,0	4,3	5,3
Kunststoffgewerbe	2,1	5,7	7,6
Ledergewerbe	0,9	1,0	1,9
Textilgewerbe	7,5	5,6	13,2
Bekleidungsgewerbe	1,4	0,7	2,1
Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	4,5	5,6	10,1
Baugewerbe	0	2,7	2,7
Großhandel	0	26,4	26,4
Einzelhandel	0	4,3	4,3
Eisenbahnen	0	8,5	8,5
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	0	1,0	1,0
Übriger Verkehr	0	9,4	9,4
Nachrichtenübermittlung (Post)	0	8,5	8,5
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	0	7,8	7,8
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	0	36,6	36,6
Staat (einschl. Sozialversicherung)	0	6,6	6,6
<b>Insgesamt</b>	<b>351,3</b>	<b>343,7</b>	<b>695,0</b>

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Einschl. Uhren.- 2) Einschl. Schmuckwaren und Sportgeräte.- 3) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Quellen: Berechnungen des DIW auf der Basis der Input-Output-Tabelle 1972 des DIW und Angaben des IAB für die sektoralen Arbeitskoeffizienten 1976 (E. Spitznagel: Anwendung des erweiterten Input-Output-Modells auf das "Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen". In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3/1976).

Wirkungen. In den Investitionsgüterindustrien als den Hauptexportzweigen überwiegen — mit Ausnahme der Stahlverformung und des EBM-Gewerbes — die direkten Effekte die indirekten bei weitem. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien werden — mit Ausnahme der Chemie — im wesentlichen als Vorleistungslieferanten in Anspruch genommen, bei den Verbrauchsgüterindustrien ist es unter-

schiedlich. Außerhalb des Verarbeitungsbereichs treten bis auf kleinere direkte Wirkungen in Landwirtschaft und Bergbau lediglich indirekte Wirkungen auf. Gegenüber 1972 spiegeln die Veränderungen in der sektoralen Struktur der direkten Effekte im wesentlichen die Veränderungen der Güterstruktur der Exporte wider, die sektorale Struktur der indirekten Effekte blieb nahezu unverändert.

### Beschäftigungseffekte nach Berufen und Art der Berufsausbildung

Um einen Einblick in die berufsmäßige Struktur der für die Exporte in Entwicklungsländer produzierenden Erwerbstätigen zu gewinnen, wurden die sektoralen Beschäftigungswirkungen nach Berufen und Art der Berufsausbildung untergliedert entsprechend den Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf der Basis der Volks- und Berufszählung 1970, den jüngsten verfügbaren Daten in der notwendigen Detaillierung<sup>4</sup>. Die so ermittelten Ergebnisse basieren — wie auch alle oben vorgestellten Berechnungen — auf sektoralen Durchschnittswerten. Die dadurch entstehenden Ungenauigkeiten sind umso größer, je stärker in den einzelnen Wirtschaftszweigen die Güterstruktur der Exporte von derjenigen der Gesamtproduktion abweicht und je weiter die Beschäftigungswirkungen disaggregiert werden. In ihrer Größenordnung dürften die Ergebnisse ein zutreffendes Bild zeichnen.

Danach entfielen vom gesamten Beschäftigungseffekt die größten Anteile auf Schlosser und Mechaniker mit rund 120 000 Erwerbstätigen, auf Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe mit 105 000, Metallhersteller und -bearbeiter mit 65 000, auf Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker, Techniker und technische Sonderfachkräfte mit 55 000, auf Warenkaufleute, Elektriker und Montierer mit jeweils etwa 30 000. Zusammen gehörten diesen Berufsgruppen etwa zwei Drittel der für die Warenexporte in Entwicklungsländer Beschäftigten an, ein gutes Drittel allein den verschiedenen Metallberufen.

Was die Qualifikation betrifft, so waren — ähnlich wie in der Gesamtwirtschaft — die 1976 für die Exporte notwendigen Arbeitskräfte zu 36 vH ohne Berufsausbildung; 52 vH hatten eine betriebliche und 12 vH eine schulische Berufsausbildung, darunter gut ein Fünftel mit Hochschulbesuch. Der Anteil der Beschäftigten mit Berufsausbildung ist beim direkten und beim indirekten Effekt gleich groß; direkt werden allerdings mehr Arbeitskräfte mit betrieblicher Ausbildung und dementsprechend weniger mit schulischer Ausbildung benötigt als bei der Vorleistungsproduktion. Gegenüber 1972 hat sich der Anteil der Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung etwas verringert. Dies ist allerdings nicht auf die Veränderungen in der Güterstruktur der Exporte zurückzuführen, sondern allein auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die bei diesen Arbeitskräften zu relativ stärkeren Einsparungen führte als bei denjenigen mit Berufsausbildung.

### Anregung der Exporte durch verstärkte Entwicklungshilfe

Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Exporte in die Entwicklungsländer ist in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen, im wesentlichen durch die zusätzliche Nachfrage der erdöl-exportierenden Länder. Zur Stimulation der Nachfrage auch der anderen Entwicklungsländer bietet sich u. a. eine Erhöhung der Entwicklungshilfe an.

Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau, über die die deutsche Kapitalhilfe abgewickelt wird, flossen 1976 unmittelbar rund 60 vH der Kapitalhilfeauszahlungen in Gestalt von Aufträgen — insbesondere an die Investitionsgüterindustrien — in die Bundesrepublik Deutschland zurück<sup>5</sup>. Legt man diese Rückflußquote auch für die Zukunft zugrunde, dann läßt sich der Beschäftigungseffekt einer Erhöhung der Kapitalhilfe um 1 Mrd. DM (zu Preisen von 1976) auf etwa 10 000 Arbeitskräfte veranschlagen, die direkt für den Export oder zur Produktion von Vorleistungen benötigt werden. Berücksichtigt man darüber hinaus auch die vermehrte private Konsumnachfrage im Inland aus dem zusätzlichen Einkommen (Multiplikatorwirkung), dann erhöht sich der Beschäftigungseffekt noch.

Wieviel sich davon in Neueinstellungen und damit in einem Abbau von Arbeitslosigkeit auswirken würde, hängt von den Arbeitskraftreserven in den Unternehmen und dem Tempo der Rationalisierung im Unternehmensbereich ab. Der Beschäftigungseffekt der Entwicklungshilfe ließe sich vergrößern, wenn neue Mittel nicht als Darlehen, sondern z. B. als Zinszuschüsse vergeben würden. Dadurch könnte sich der Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer und somit deren induzierte Nachfrage nach deutschen Gütern vergrößern.

Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe sollte zwar nicht unter binnenwirtschaftlichen, sondern unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten beschlossen werden. Eine Berücksichtigung der positiven Nebenwirkungen auf die deutsche Wirtschaft kann die Entscheidung jedoch erleichtern.

---

<sup>4</sup> W. Karr, R. Leupoldt: Strukturwandel des Arbeitsmarktes 1950 bis 1970 nach Berufen und Sektoren, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 5, Nürnberg 1976; F. Gerstenberger, A. Chaberny, K. Gottwald: Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem, Stuttgart 1976.

<sup>5</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau, Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1976, S. 90.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/I **Zielsetzung, Methodik und zusammengefaßte Ergebnisse der Prognose für den Güter- und Personenverkehr bis zum Jahre 1990.** Von Günther John. 84 S. 1977. DM 36,60.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas. 243 S. 1977. DM 118,—.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 –** Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen. Von Ulrich Voigt. 262 S. 1977. DM 124,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas. 190 S. 1976. DM 84,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Koks- und Anthrazit in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 –** Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.
- Heft 46 **Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung.** Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Von Jochen Schmidt. 113 S. 1977. DM 46,60.
- Heft 47 **Entwicklungshilfe und internationale Arbeitsteilung –** Ableitung sektoraler Schwerpunkte mit Hilfe der linearen Programmierung am Beispiel der Republik Korea. Von Dieter Schumacher unter Mitarbeit von Helmut Stütz. 96 S. 1977. DM 39,80.

Im Druck:

Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Staatshaushalt der DDR im Zeichen außenwirtschaftlicher Belastung* bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban und Heinz Vortmann. — *800 000 Erwerbstätige für den Export in Entwicklungsländer beschäftigt* bearbeitet von Dieter Schumacher.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36. Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.